Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 45. Freitag den 23. Februar. 1849.

Inland.

Posen, den 22. Febr. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten sprach nach Verlesung des Protokolls d.r letzten Sitzung der stellvertretende Secretair, Hr. Mamroth, den Wunsch aus, der bisherige Secretair, Hr. Hirsch, möge den von ihm angekündigten Austritt aus dem Collegium zurücknehmen. Obgleich dieser Wunsch die Unterstützung der ganzen Versammlung erhielt, lehnte Hr. Hirsch dennoch ab. — Auf den Antrag des Stadtverordneten Hrn. Träger, die Angelegenheit der Einkommensteuer, an welcher das Gesammtpublikum so regen Antheil nähme, möglichst beschleunigt zu sehn, erwiederte Hr. Stadtrath Thayler, daß er das diesfällige Promemoria hiesiger Bürger erst vor wenigen Tagen erhalten habe und daher eine ausführliche Beantwortung derselben nicht unter 14 Tagen liefern könne. — Es erfolgte die Wahl eines unbesoldeten Stadtraths für das Schulwesen. Unter 20 Stimmen erhielt Hr. Consistorialrath Kießling 16, Hr. Liszkowski 3, Hr. Moritz Mamroth 1; Hr. Kießling ist somit gewählt. — Hr. Oberbürgermeister Naumann zeigte der Versammlung an, daß er demnächst nach Berlin zu den Kammerversammlungen abreisen, und während seiner Abwesenheit durch Herrn Bürgermeister Guderian vertreten werde. — Die Bestallung für Herrn Major von Treskow als unbesoldeten Stadtrath auf 6 Jahre wurde vollzogen. — Desgleichen wurden 5 Verkaufs-Consense vollzogen. — Durch ein Rescript der Ministerien des Innern und des Kriegs wird den Communalbehörden mitgetheilt, daß die im Jahre 1846 durch Concentrirung der Truppen in der Stadt Posen hervorgerufenen Einquartierungs-Mehrkosten vom Staate übernommen und die Regierungshauptkasse zur Zahlung derselben angewiesen sei. — Zum Bezirksvorsteher des 20. Bezirks wurde Hr. Nalenz gewählt. — Herrn Kliszewicz, der ein Einkommen von mehr als 500 Thalern hat, wurde auf sein diesfälliges Ansuchen das Bürgerrecht bewilligt. — Das vom Magistrat befürwortete Unterstützungsgesuch des pensionirten Stadtraths Majors von Kaisertreu wurde mit 11 gegen 10 Stimmen abgelehnt. — Eine Nachforderung des Bauunternehmers des Schulhauses in der Allerheiligenstraße, Hrn Joseph Krzyżanowski, im Betrage von 26 Thlr. 6 Sgr. (für gelieferte bessere Steine), die durch das Gutachten des Bau-Inspektors Freter auf 24 Thlr. 6 Sgr. ermäßigt worden, wurde der Bau-Commission zur Prüfung überwiesen. — Dem Collegium wurde mitgetheilt, daß die Dienstzeit des Herrn Bürgermeister Guderian demnächst ablaufe und bis zum 1. Juli d. J. eine Neuwahl vorzunehmen sei. — Der Anschlag des Herrn Freter zum Bau eines Schuppens für den katholischen Leichenwagen, im Betrage von 398 Thlr., ist von der Baucommission auf 120 Thlr. ermäßigt worden. Die hierauf erfolgte Antwort des Herrn Freter wird der Baucommission zur nähern Prüfung überwiesen. — Die Regierung übersendet 3 Exemplare des Entwurfs der Gemeinde-Ordnung, so wie des Entwurfs einer Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung. Zu einer gemeinschaftlich mit dem Magistrat vorzunehmenden Begutachtung wird eine Commission, die Herren Müller, Bielefeld und Wendland, ernannt. — Der Antrag des Armenkassen-Rendanten Nitschke auf eine Manco-Entschädigung von 5 Thlr. jährlich wird abgelehnt. — Auf den Antrag der Communalbehörde, die Schlacht- und Mahlsteuer in eine Einkommensteuer nicht verwandelt zu sehen, antwortet die Königliche Regierung, daß auch sie sich höhern Orts gegen die Einkommensteuer ausgesprochen, zumal den größern Städten die Aussicht eröffnet worden, die Mahl- und Schlachtsteuer beizubehalten. — Das vom Magistrat befürwortete Unterstützungsgesuch des Lazareth-Wärters Slachowski wird abgelehnt. — Desgleichen wird der Antrag des Tischlers Bärwald, das Pachtquantum von 55 Thlr. für das Ueberfahrtsrecht von dem Graben nach dem Städtchen, wobei er seiner Behauptung nach nicht bestehen könne, auf die früher von ihm bezahlte Pachtsumme von 30 Thlr herabzusetzen, zurückgewiesen. — Dagegen wird dem Thurmwächter Stumm mit Rücksicht auf seine notorische Dürftigkeit und seine geringe Besoldung von nur 8 Thlr. monatlich, eine Gratifikation von 10 Thlr. bewilligt. — Nach einem früheren Beschluß sind bereits die meisten Buden am Rathhause von Seite der Stadt angekauft worden. Jetzt soll nun auch die Bude des Schuhmachers Dandelski für den Taxwerth von 112 Thlr. 15 Sgr. erworben und vor einer event neuen Verpachtung acquirirt werden. — Es wird zur Wahl der reglementsmäßig zu wählenden 10 Mitglieder und 10 Stellvertreter der Armendeputation geschritten. Zu Mitgliedern wurden gewählt die Herren: Degurski, Kramarkiewicz, Krüger I., Stojanowski, Skamper, Beyer, Themal, Bahlau, Wolkowitz und Eduard Mamroth; zu Stellvertretern die Herren: Kunkel, Schneider, Seidemann, Winkler, Herrmann, Domaracki, Fockel, Scheller sen., Marcuse und Barleben. — Von dem Stadtverordneten Müller wird das von einer diesfälligen Commission entworfene Gesuch an das Staatsministerium: „die Ueberweisung der Hypothekenbücher der sogenannten adeligen Güter an die zu errichtenden Kreisgerichte nicht eher eintreten zu lassen, als bis die Geschäfte der Landschaft abgewickelt sein werden,“ verlesen und demnächst von der Versammlung vollzogen. — Auf den Antrag des Stadtverordneten Müller wird an den Oberbürgermeister Naumann das Gesuch gerichtet, bei der in den Kammer-Sitzungen in Berlin voraussichtlich bevorstehenden Diskussion über die Verwandlung der indirekten Steuern in eine allgemeine Einkommensteuer im Namen der Stadt Posen für die Beibehaltung der Schlacht- und Mahlsteuer sich verwenden zu wollen. — Auf eine Interpellation des Stadtverordneten Träger in Betreff einer zu errichtenden Dispensiranstalt, erklärt Herr Bürgermeister Guderian, daß er in der nächsten Sitzung eine ausführliche Antwort ertheilen werde. — Auf eine Interpellation des Stadtverordneten Wendland in Betreff eines von ihm entworfenen besseren Einquartierungs-Modus antwortet der Vorsteher, daß diese wichtige Angelegenheit in der nächsten Sitzung zum Vortrag kommen werde.

CC Berlin, den 20. Febr. Uebermorgen wird uns das 24. Regiment verlassen, um nach Stettin zu marschiren. — Dem Vernehmen nach sind die in die 2. Kammer gewählten Mitglieder des Steuerverweigerungs-Parlaments entschlossen, der Eröffnung der Kammern im weißen Saale des Königl. Schlosses nicht beizuwohnen.

Am Sonntage kam eine Jagdgesellschaft von 40 Personen, alles hiesige Bürger, auf der Anhalt'schen Eisenbahn hier an, und da sie der Polizei ihre Jagdgewehre nicht aushändigen wollt.n, so blieb keine andere Wahl, als sich von Schutzmännern nach der Commandantur eskortiren zu lassen. Nach der Legitimation vor dem Commandanten wurden sie mit dem Rathe entlassen, sich Droschken zu nehmen, um sich keiner neuen Unannehmlichkeit auszusetzen.

Von den aus dem Zeughause gestohlenen Zündnadelgewehren sind doch bis gegen 30 Stück nicht wieder zurückgeliefert worden. Drei der fehlenden sollen durch freundnachbarliche Vermittlung des Herrn Arago ihren Weg nach Frankreich genommen haben. Man wird aber wenig mit dem gestohlenen Gut anfangen können, da das Geheimniß weniger in der Construktion der Gewehre, als in der Ladung liegt, und die Ladungen erst von unserer Armee in Empfang genommen werden müssen.

R Berlin, den 20. Febr. Da durch die Verfassung den Juden das volle Staatsbürgerrecht gewährt ist und sie dem Staate gegenüber jetzt mit den Christen auf ganz gleicher Stufe stehen, so haben sie auch das volle Recht zu Staatsanstellungen, so wie zum Eintritt in die allgemeinen Staatbildungsanstalten. Beim Kammergericht ist dieses Recht durch Anstellung eines jüdischen Auscultators schon zur Verwirklichung gekommen. Im Gebiete der Pädagogik scheinen Hemmungen und Widerspenstigkeiten eintreten zu sollen. Von den Direktoren der sechs Gymnasien Berlins haben vier die ganz entschiedene Weigerung ausgesprochen, an ihrem Gymnasium einem Juden als Schulamts-Candidaten Zutritt zu gestatten. Diese Weigerung bezieht sich nicht etwa auf eine bestimmte Persönlichkeit, sondern ist ganz allgemein gehalten. Wie diese Herren dem sehr unzweideutigen Buchstaben des Gesetzes gegenüber ihre Weigerung vertheidigen wollen, ist nicht wohl einzusehen, es müßten denn etwa in den besondern Gründungsstatuten dieser Anstalten Bestimmungen enthalten sein, auf die sie sich stützen könnten. Aber auch solche Statuten werden dem Geiste der Zeit nicht lange wiederstehen können und allmählig umgeändert werden müssen.

R Berlin, den 21. Febr. Das allgemeine demokratische Wahlmannszweckessen, von dem ich Ihnen neulich schrieb, ist für den 22. Februar von der Polizei verboten worden. Man hatte auf 900 bis 1000 Personen gerechnet, und wenn auch schwerlich eine so große Anzahl von Theilnehmern sich würde eingefunden haben, so fürchtete die Belagerungspolizei doch eine Vereinigung mehrerer hundert Demokraten bei erhitzendem Getränke. In kleineren Verhältnissen werden übrigens solche politische Gastmähler gestattet und kommen sie auch wirklich zu Stande. Die conservative Partei, die dasselbe Mittel anwendet, ist dabei aber in unbedingtem Vortheile, denn ihr stehen finanzielle Kräfte zu Gebote, denen die der Demokraten nicht im Entferntesten das Gleichgewicht halten können. Durch Herbeiziehung solcher Kräfte aber ist es möglich, ohne festgestellte hohe Preise den Unbemittelten die Theilnahme an den Gastmählern zu gewähren. Der Beitrag wird in beliebiger Höhe entrichtet. Der höhere Beitrag der Vermögenden gleicht dann den geringeren der Unvermögenden aus.

Berlin, den 21. Febr. Man erinnert sich wohl im Publikum der Aeußerungen des Hrn. v. Vincke in der Paulskirche über die Berechtigung des vereinigten Landtages, und zwar sollte nach der Argumentation des genannten Abgeordneten die preußische Nationalversammlung ihr Recht allein von dem Votum des vereinigten Landtages ableiten. Nach hier umlaufenden Nachrichten soll nun Herr v. Vincke diesen Rechtsboden für die Nationalversammlung keinesweges aufgegeben haben, sondern ihn als das einzige rechtliche Fundament in Preußen auch jetzt noch festhalten wollen, so daß, wenn die neuen Kammern abermals das Werk der Vereinbarung nicht zu Stande brächten, auf den vereinigten Landtag zurückgegangen werden müßte, um von ihm aus durch seine Beschlüsse die preußische Verfassung weiter zu entwickeln, so wie ein neues Wahlgesetz zu erlangen. Die Umlaufschreiben des Herrn v. Vincke, um in diesem Sinne eine Partei zu bilden, sollen jedoch wenig Anklang gefunden haben.

— In voriger Woche führten anonyme Denunziationen zur Entdeckung eines Depots von Infanterie-Gewehren, welche von den der Bürgewehr übergebenen Waffen zurückgehalten worden waren. Das Zurückbehalten soll nach der Verwarnung des Kommandos als Diebstahl gestraft werden. Die Sache ist dem Staatsanwalt zur gerichtlichen Verfolgung übergeben.

— Wir haben schon gestern der Wanderung Gläubiger zu einer Berliner Hellseherinn erwähnt, und wollen einige Notizen über dieselbe unsern Lesern mittheilen. Zu Ostern vorigen Jahres wurde die damals 11jährige Tochter des am Unterbaum in der Schifferstraße wohnenden Holzwärters Braune vom kalten Fieber befallen, und durch einen hiesigen Arzt in 14 Tagen hergestellt. Seit dieser Zeit stellte sich bei der Kleinen eine gesteigerte nervöse Reizbarkeit ein, wobei sich die Geisteskräfte in einem für das Alter ungewöhnlichen Grade entwickelten. Sie besuchte damals die Schulanstalt des Herrn Bartsch, Jägerstraße 74, und theilte ihren Mitschülerinnen mit, alle Krankheiten und Gebrechen durch das Vertrauen zum Schöpfer zu heilen. Der Schul-Vorsteher suchte diesem Unfuge entgegen zustreben und gab ihr wiederholt Verweise. Da diese jedoch vergeblich waren und mehrere Eltern darauf angetragen hatten, so entließ der Lehrer die Kleine aus seiner Schule. Aehnlich ging es ihr in mehreren andern Schulanstalten bis zum Dezember v. J., wo ihr Bedürfniß, Krankheiten zu heilen, sich steigerte und sie in den Ruf einer sichern Prophetin kam. Das Mädchen ist von angenehmer Gesichtsbildung, kleiner Statur. Sie giebt an, von einem höhern Wesen, ihrem Führer, inspirirt zu werden, genau nach seiner Vorschrift zu handeln und dieser habe sie selbst in die Pforte des Himmelreichs hinein blicken lassen. Dort habe sie abgeschiedene Seelen in weißen Hüllen als ihre Verwandte erkannt, welche sie durch den Führer von ihrem nach Verlauf eines Jahres stattfindenden Tode benachrichtigt hätten. Sie hat zwölf Klassen in den Räumen des Himmels wahrgenommen, namentlich eine strenge Sonderung des Himmels und der Hölle. — Die Polizei hat den Eltern der Kleinen untersagt, in Zukunft noch Kranke zu empfangen. Konstabler halten vor dem Hause in der Schifferstraße die Ordnung aufrecht, denn Hunderte von Menschen umlagern dasselbe und vielfach treffen auch Bauernwagen, mit Kranken in Betten gepackt, ein. Wir möchten unsere Leser, von denen wir bereits auch mehrfache Reklamationen gegen diese Maßregel der Polizei erhalten haben, nur erinnern, daß die Annalen der Medizin vielfache Fälle aufzuweisen haben, in denen junge Mädchen, gerade in dem Alter, in dem sich die Kleine befindet, die öffentliche Aufmerksamkeit durch Täuschungen auf sich zu lenken suchten. Wollen wir auch nicht mit Stoll dem Grundsatze huldigen: Mulieri et ne mortuae quidem credendum est (einer Frau, selbst wenn sie todt ist, darf man noch keinen Glauben schenken), dem Rudolphi, bei allen Nervenkrankheiten sich anschließt, so halten wir doch für angemessen, darauf aufmerksam zu machen, daß man allen sogenannten Erfahrungen über Wunderkuren gegenüber sich skeptisch zu verhalten immer die größte Ursache hat. (Nat.-Ztg.)

— Nachrichten aus Frankfurt a. d. O. zufolge haben sich zu der diesmaligen Messe sehr viele Inländer eingefunden, doch scheint, so viel man bis jetzt urtheilen kann, sich kein reeller Bedarf herauszustellen. Von Ausländern haben sich Käufer aus Brody und Warschau ziemlich zahlreich eingefunden. Die letzteren werden voraussichtlich in seidenen Waaren nicht unbedeutende Einkäufe machen, dagegen ist auf Brody wenig zu rechnen. Der Schmuggelhandel ist durch den Schneefall zu sehr behindert gewesen.

Köln den 17. Februar. Professor Gottfried Kinkel von Bonn ist heute Nachmittags von dem Zuchtpolizeigerichte des hiesige Landgerichteswegen Verleumdung der zur Preußischen Garnison in Mainz gehörigen Truppen zu einer Gefängnißstrafe von einem Monate und in die Kosten verurtheilt worden.

Schleswig-Holstein, den 17. Febr. Noch stündlich kommen rohe Ungebührlichkeiten an den Schleswigschen Grenzmarken vor, und wo ein Deutscher auf Jütischem Gebiet erscheint, muß er, um nicht dem Fanatismus des Pöbels zum Opfer zu fallen, sich einen Geleitschein von der sogenannten Oberregierung auf Alsen verschaffen und dann erst hält es die Dänische Polizei für gerecht, ihn zu beschützen. Bewaffnete Personen drängen sich noch immer ins Schleswigsche und fordern die Landbewohner zum Treubruch gegen die bestehende gemeinsame Regierung auf. Man hat viele solcher von der Dänischen Kriegspartei bezahlten Individuen aufgegriffen, da sie selbst der Nordschleswigsche Bauer, der zwar ein Dänisches Patois spricht, aber für Deutsche Gesittung sehr empfänglich ist, nach Schleswig überliefert. Wenn man den Nordschleswiger des platten Landes, vorzüglich im Westeramte Hadersleben (auf das ganze Amt Hadersleben kommen 36 Quadratmeilen, und es bildet nächst dem Amte Tondern, den eigentlichen Theil Nordschleswigs) fragt, ob er Dänisch oder Holsteinisch sein wolle, so giebt er in seiner geraden Weise zur Antwort: „Wir sind keine Dänen, sondern danske Holsteener.“ Als das Dänische Regiment in den Herzogthümern noch in seiner Blüthe war, eine kurze Zeit vor der Erhebung, war dies die Devise, mit welcher der Landbewohner im Norden dem Dänischen Zollbeamten, wenn er ihn prellte oder sonst chikanirte, entgegentrat.

Schleswig, den 18. Febr. Nach einer hier eingegangenen Nachricht hat die dänische Regierung mit dem Hause Hambro in London (vormals in Kopenhagen ansässig) eine 3procentige Anleihe von 2 Mill. (Pf. St. oder Rbthlr.?) abgeschlossen. Ebenfalls wird jetzt

von wohlunterrichteten Personen als gewiß erzählt, daß die dänische Regierung den Waffenstillstand bereits gekündigt habe. Die Bestätigung dieser mehrfach als Gerücht aufgetauchten Nachricht ist um so unzweifelhafter, als vom dänischen Standpunkte aus betrachtet, der jetzige Zustand im Herzogthume Schleswig allerdings unerträglich ist.

Hamburg, den 18. Febr. Die Festfeier, welche den Deutschen Grundrechten zugedacht ist, wird nächsten Sonntag stattfinden; der Senat, die Kollegien und die Mitglieder unserer Konstituante sind dazu eingeladen worden. Während die Grundrechte nicht blos an den Straßenecken in Riesenplakaten prangen, sondern auch auf Veranlassung des Senats dieselben allen Beamten zur Nachachtung empfohlen werden, ist leider in praxi von den Grundrechten noch sehr wenig zu verspüren.

Hannover, den 19. Febr. Sämmtliche Minister haben den König um ihre Entlassung gebeten. Der König wünscht, daß sie ihre Entlassung schriftlich und motivirt einreichen. In der heutigen Kammer-Sitzung zeigten die Minister dies an, und verließen den Saal. — Ein Abgeordneter stellte den Antrag, die zweite Berathung des Ministerialschreibens, das heute wieder auf der Tagesordnung ist, zu suspendiren. Der Antrag wurde bei namentlicher Abstimmung mit 44 gegen 36 Stimmen abgelehnt (für die Grundrechte stimmen 51) die Berathung fortgesetzt und später der Beschluß erster Abstimmung mit 56 gegen 18 Stimmen angenommen.

Leipzig, den 20. Febr. Aus Thüringen werden fortwährend Stimmen für eine Verschmelzung mit dem benachbarten Sachsen laut. — Den Ständen des Herzogthums Meiningen, die seit einiger Zeit zusammengetreten sind, ist von dem Ministerium eröffnet worden, daß der Herzog geneigt sei, auf eine Verminderung der Civilliste einzugehen.

Darmstadt, den 13. Febr. Gestern und heute beschäftigte sich unser Cassationshof für die Provinz Rheinhessen mit Fällen politischer Natur. Gestern nämlich kam die Angelegenheit des Dr. Bamberger und Genossen von Mainz vor, welche wegen ihres Benehmens gegen das Obergericht zu Verweis und, der Eine, Suspension auf 14 Tage, verurtheilt worden waren. Die Staatsbehörde hatte dagegen die Cassation ergriffen und wirklich cassirte auch der Hof das Urtheil des Obergerichts, so daß jetzt die Angeschuldigten härtere Strafe zu erwarten haben. Heute kam die Beleidigung des Ministers Jaup in dem von Dr. v. Löhr in Worms redigirten Blatte: „Die neue Zeit" vor. Das Kreisgericht in Alzey hatte Löhr deshalb zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt und das Obergericht in Mainz das Urtheil bestätigt. Hiegegen hatte nun Löhr die Cassation ergriffen, und sein Anwalt Bernays von Mainz suchte sie vor einem großen Auditorium zu rechtfertigen. Das Gericht verschob die Publikation seines Urtheils auf eine der nächsten Sitzungen. Eingetroffenen Nachrichten zu Folge soll übrigens Löhr gestern von einem Blutsturze heimgesucht worden sein. Er war noch vorgestern bei der demokratischen Versammlung in Bensheim zugegen.

Mainz, den 15. Febr. In der gestrigen Sitzung des hiesigen demokratischen Vereins wurde beschlossen, die Jahresfeier der französischen Februarrevolution durch ein großartiges Banket im Theater zu begehen, zu welchem die Linke der deutschen Nationalversammlung, so wie die Ausschüsse sämmtlicher demokratischen Vereine der Umgegend eingeladen werden sollen. Auf den Dörfern in unserer Provinz haben die demokratischen Vereine den Anfang mit einer socialen Verbesserung gemacht. Sämmtliche Grundbesitzer haben nach Maßstab ihres Grundbesitzes eine Abtretung eines oder mehrerer Morgen Landes an die Armen ihrer Gemeinde veranstaltet, eben so durch Sammlung von Saatfrüchten und Kartoffeln denselben Mittel an die Hand gegeben, sich ihr Unterkommen selbst zu verschaffen, und dadurch aus den Gemeinden alle Bettler zu beseitigen.

Kassel, den 16. Februar. Der elektro-magnetische Telegraph, welcher die Verbindung zwischen Berlin und Frankfurt vermitteln soll, ist von Berlin bis Gießen seit einigen Tagen vollendet und bereits in Thätigkeit, und in den nächsten Tagen werden auch die Drähte von Gießen bis Frankfurt gezogen sein. Wie man vernimmt, und wir hoffen, daß diese Nachricht sich bestätigt, wird dann die ganze Linie gegen eine mäßige Vergütung an die Verwaltung dem Privatverkehr zum Mitgebrauch überlassen werden. Zwischen hier und Erfurt sollen übrigens schon mehrere Versuche vorgekommen sein, die Drähte zu zerstören.

München, den 15. Febr. Unsere Künstler veranstalteten gestern Abends im K. Odeon wieder eines jener herrlichen Maskenfeste, die seit Jahren den Glanzpunkt des Münchener Karnevals bilden. Diesmal wurde das Wiedererstehen der Deutschen Reichsherrlichkeit allegorisch durch das Erwachen des im Kyffhäuser-Berg schlafenden Friedrich Barbarossa und sein Erscheinen unter den verschiedenen Deutschen Stämmen dargestellt. Anlage und Durchführung dieses zeitgemäßen Sujets war vollkommen gelungen, und das Ganze höchst prachtvoll. Ein erhabener Moment war es, als der wiedererwachte Kaiser sich erhob und hinaufstieg zu dem nun grünenden Birnbaum, an welchem die verschiedenen Deutschen Stämme sich eben geeinigt hatten. In diesem Moment versank der Birnbaum, der Hintergrund verwandelte sich in eine lachende Rheingegend mit dem Kölner Dom im Mittelpunkt, man hörte das Geläute der Glocken, Posaunentöne, der Kaiser trat in Mitte der Deutschen Volksstämme, ergriff das Reichspanier, und indem er es schwang und alle Stämme ihre Paniere senkten, sprach er:

„Vernimm es, Welt, mit ehrfurchtsvollem Staunen —
Ihr Glocken dröhnt, — verkündet es, Posaunen —
Als Kaisergeist schlief einst in Deutschen Landen
Des Reiches Herrlichkeit — sie ist erstanden!"

Tausendstimmiger Jubel, der fast den Triumphmarsch übertönte, begleitete diese Scene. Sofort ordnete sich der Zug, in welchem alle Deutschen Stämme vertreten waren, kennbar durch ihre Kostüme, so wie durch ihre Verschiedenheiten und Eigenthümlichkeiten, sowohl in Betreff dessen, was sie Großes und den Deutschen Namen Verherrlichendes auf den Gebieten der Künste und Wissenschaften, als auf denen der Industrie, der Gewerbe, des Handels, des Ackerbaues u. s. w. hervorbrachten. Der König und die Königin verweilten längere Zeit bei dem Feste, an welchem wohl an 3000 Personen aus allen Ständen Theil nahmen. Dem Wunsche des Publikums entsprechend, wird das Fest nächsten Montag wiederholt werden.

München, den 15. Februar. Gewiß hat es für viele Ihrer Leser ein nicht geringes Interesse, zu erfahren, daß derselbe Abgeordnete Dr. Müller, welcher die Manifestation gegen ein Preußisches und gegen ein Deutsches Kaiserthum überhaupt zu Stande brachte, noch vor 4 Wochen Unterschriften für eine von ihm abgefaßte Adresse an die Deutsche Reichs-Versammlung sammelte, in welcher um Uebertragung der Deutschen Kaiserwürde auf einen Baierischen Prinzen und respektive auf die Krone Wittelsbach petitionirt ward! Was sagen Sie zu dieser verbürgten Thatsache?

Frankfurt, den 18. Februar. Der badische Minister v. Dusch ist gestern hier angekommen, und man vermuthet, daß er Erklärungen der badischen Regierung über die Verfassungsfrage überbringt. Der hiesige Bürgerverein hat in einer Adresse gegen die österreichische Note sehr energisch protestirt.

— So eben wird eine dritte Zusammenstellung der bei dem hiesigen Comité für die Hinterbliebenen des ermordeten Auerswald eingegangenen Summen veröffentlicht: sie haben bereits den Betrag von mehr als 12,000 Fl. erreicht. Unter den einzelnen Posten figurirten 215 Fl. von der Baierschen Besatzung der Reichsfestung Landau und 165 Fl. als Beitrag der Offiziere der Nassauischen Garnisonen Wiesbaden und Biberich.

Frankfurt a. M., 17. Febr. 172ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung des vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurfs: „Reichsgesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause." Präsident Herr Ed. Simson eröffnet die Sitzung $9\frac{3}{4}$ Uhr Vormittags. Der Uebergang zur Tagesordnung erfolgt sofort, indem zunächst nach dem Antrage des Herrn Rösler von Oels genehmigt wird, daß nach der Abstimmung über die einzelnen Paragraphen des Reichswahlgesetzes am Schlusse auch noch eine Abstimmung über Annahme oder Verwerfung des Gesezzes im Ganzen stattfinden soll.

Wernher von Nierstein hält es für bedenklich, das vorliegende Wahlgesetz für längere Zeit hin zu erlassen, bevor in Deutschland das Gemeinderecht, Heimathsrecht und die Steuerverhältnisse fest und gleichmäßig geordnet seien: sonst werde es auf eben so viele Schwierigkeiten treffen, als es Verschiedenheiten im Vaterlande gebe. Er fordert demnach, daß das Wahlgesetz nur für die nächste Wahl erlassen werde. M. Mohl und Eisenmann erklären sich gegen diesen Antrag. Da derselbe formell nur auf einen Zusatz zu den Eingangsworten des Gesetzentwurfs gerichtet ist, so bleibt die Abstimmung darüber von selbst aufgeschoben. Für die Debatte über die einzelnen §§. ist eine lange Reihe von Rednern angemeldet, desgleichen Verbesserungsanträge in großer Menge. Nach längerer Verhandlung entscheidet man sich dahin, daß §§. 1. und 2. in der Besprechung und Abstimmung zusammengefaßt werden. Jahn aus Freiburg führt in munterster Laune und originellster Weise seine Ansichten aus. Er will lieber noch mittelbare Wahlen, als solche, wo der Wähler nach Geld abgeschätzt wird. So weit müsse es in der Welt kommen, daß sich Niemand scheue, arm und mittellos zu sein. Das Volk, welches allein die Deutsche Sprache und das Deutsche Recht gewahrt, solle auch seinen Theil haben an der Gesetzgebung. Wer eigenen Haushalt habe, unbescholten sei, seiner Wehrpflicht genügt habe, der müsse das Wahlrecht haben.

Das Haus stattet dem Redner seinen lebhaften Dank ab für die muntere Unterhaltung, die er ihm gewährt hat. v. Raumer aus Berlin schlägt dagegen wieder den ernsten Ton an, indem er das Auge der Versammlung bis auf die Gesetzgebung des Solon und Numa Pompilius zurücklenkt, dann auf die Verfassungen der neueren Welt, vorzüglich auf die von Nord-Amerika. Er läßt den größten Republikaner und Demokraten der Welt, den Präsidenten Jefferson, sprechen, indem er eine Aeußerung dieses Staatsmannes wörtlich anführt, worin „das Gesindel der europäischen Welt" für unfähig erklärt wird zur Gesetzgebung Herr v. Raumer spricht sich für direkte Wahlen und wider die Abstufungen eines Census aus. In Amerika, erwähnt er, sei die Steuerzahlung eine Ehrensache. Ein Nord-Amerikaner würde sich schämen, ein Wahlrecht auszuüben in einem Staate, zu dem er keine Steuern beitrüge. Der Redner schließt mit der Mahnung, daß die Minorität den Willen der Majorität achte, die Majorität aber auch die Rechte der Minorität nicht unterdrücke.

Hildebrand aus Marburg vertheidigt das allgemeine Stimmrecht. Mölling aus Oldenburg pflichtet nur darin dem Verfassungsausschusse bei, daß nur volljährige Personen das Wahlrecht haben sollen. Jakob Venedey bezeichnet die Ausschließung eines großen Theiles von Staatsbürgern als eine revolutionaire Maßregel (im Gegensatz zu Bassermann, welcher dieselbe eine konservative nannte). Matthies aus Greifswald will beschränktes Wahlrecht, doch als Grundlage für dasselbe statt des schwankenden Begriffes der Selbstständigkeit lieber einen Census, da in Ermangelung anderer Merkmale Besitz und Besteuerung dem Staate die nöthige Garantie geben müßten für die Selbstständigkeit und Bildung des Wählers. (Häufiger Widerspruch der Linken). Die Fortsetzung der Berathung wird auf Montag d. 19 Februar vertagt.

Wien, den 17. Februar. (O.-D. P.) Wir erfahren soeben eine wichtige Thatsache. Die Regierung will die Vertretung Oesterreichs in Frankfurt so sehr als möglich vervollständigen, wie aus folgendem Erlaß in der Laibacher Ztg. zu ersehen ist:

Se. Exc., der Herr Minister des Innern, hat unterm 30. v. M. Nr. 392. eröffnet, es liege allerdings in seiner Absicht, daß unter den dermaligen Verhältnissen die rückständigen Wahlen zur Frankfurter National-Versammlung mit Beschleunigung vorgenommen, und Oesterreich so vollständig als möglich vertreten sei. Der Herr Minister hat das Landespräsidium daher aufgefordert, diese Wahlen in allen noch unvertretenen Wahlbezirken ohne Verzug auszuschreiben, und die auf Urlaub etwa befindlichen Abgeordneten anzuweisen, sich unverzüglich nach Frankfurt zu begeben, und für den Fall sie hierzu nicht bereit wären, die Ersatzmänner hinzusenden. In Krain sind derlei Wahlen in den Wahlbezirken Laibach, Krainburg, Stein, Neudegg und Adelsberg rückständig, und dieselben werden nun durch die betreffenden Kreisämter eingeleitet. Das Nähere hierüber ist aus dem besonderen Präsidialerlasse an die betreffenden Herren Wahlmänner zu entnehmen, wovon ein Abdruck dem gegenwärtigen Zeitungsblatte beiliegt. Vom K. K. illyr. Landespräsidium. Laibach am 8. Februar 1848.

Wien, den 17. Febr. Ein paar Deutsche, d. h. hier „Ausländer" wurden, weil sie in Meidling „Was ist des Deutschen Vaterland?" gesungen hatten und deutsche Cocarden trugen, auf dem Schube fortgeschickt. Das ist die handgreifliche Auslegung der österreichischen Note. — Man erzählt hier, daß Kossuth den Obersten Montecucoli als Vergeltung für den in Ofen erschossenen Szöll habe hängen lassen, und zugleich gedroht, für jeden, der in Ofen erschossen wird, einen österreichischen Staabsoffizier hängen zu lassen. (?)

Prag, den 15. Febr. Bei uns in Böhmen ist nach der Rychenburger, Chraustowitzer, zum Theil auch Leutomischler und Landskröner Herrschaft im Chrudiner Kreise eine längst verschwundene Sekte wieder ans Tageslicht getreten, nämlich die Abkömmlinge der aus der Pikardie zu den Hussiten-Unruhen eingewanderten und unter dem Namen der Pikardisten bekannten Adamiten. Sie lehren: jeder Mensch trüge in sich die Gottheit herum; alle Mitglieder haben einen eigenen Geist, der sie regierte, und die von diesem Geist Regierten seien sündenfrei, unbefleckt. In wie weit bei dieser mittelalterlichen Sektirerei auch kommunistische Begriffe über Ehe und Eigenthum vorwalten, läßt sich nicht ermitteln. Die Heiligenbilder verbrennen sie und gerathen nicht selten in eine mystische Extase. Unter dem Namen Marokan erwarten sie einen Messias, der die Ungläubigen vertilgen soll Unlängst starb ihr Bischof, ein Schmied im Dorfe Minar. Uebrigens aber ist Huß wieder der populärste Name Böhmens. Auf allgemeines Verlangen wurde schon mehrmals im Theater Hussen's Tod gespielt, wobei er als der Unschuldige bis zum Himmel erhoben, seine Verbrennung als schreiende Ungerechtigkeit bezeichnet und die katholische Kirche derselben beschuldigt wird. Bobemi sunt haeretici — pflegten die italienischen Priester zu sagen: die Jesuiten und ihre Freunde in Wien dürften dies noch zu fühlen bekommen. (D. R.)

Pesth, den 12. Februar. Die Theiß ist jetzt die Scheidungslinie zwischen den feindlichen Heeren. Von Tokay bis nach Szegedin, in einer Länge von mehr denn vierzig Meilen wird bald auf dem einen, bald auf einem andern Punkte gefochten. Der Mittelpunkt dieser Linie ist bei Szolno*), bis wohin von hier aus die Eisenbahn führt. Heftig ist schon um diesen Punkt gekämpft worden, aber immer noch sind die Magyaren Meister davon. Er ist in mehrfacher Hinsicht von Wichtigkeit, einmal, weil er in der Mitte des Kampfes liegt, zum zweiten, weil bei ihm eine Brücke über die Theiß ist, und zum dritten, weil er der Mittelpunkt der exaltirten Magyaren ist. — An der obern Theiß, d. i. in der Gegend von Tokay erheben sich die Magyaren in Masse, weil die Bevölkerung durch die Gräuel des Kriegs zur Verzweifelung getrieben ist. Aufs höchste aufgeregt ist dieselbe in und um Miskolz, so wie in der ganzen Bresoder Gespannschaft, wovon dies der Hauptort ist. Die Vortheile, welche die Oesterreicher hier erringen, werden ihnen immer alsbald wieder entrissen. An der Feste Tokay haben die Magyaren einen guten Stützpunkt. Von hier bis Debreczyn sind es fünf Stationen (zehn Meilen) und es stehen diese beiden Orte in steter Verbindung. Von Szolno hinab, und auch schon eine weite Strecke darüber hinauf ist das Land auf beiden Seiten der Theiß jetzt so überschwemmt, daß es an vielen Orten eine Meile breit auf beiden Seiten unter Wasser steht, was gewöhnlich bis in den April hinein dauert. Auf diesem Terrain wissen nur die Einheimischen Bescheid. Kommt ein fremdes Truppenkorps dahin, so kann es von jenen leicht in die Sümpfe und in die Fluthen gesprengt werden. — Weiter hinab bei Csongrad und Szantes, wo eine fliegende Brücke über die Theiß geht, sind gegenwärtig die Wege für ein Armeecorps durchaus nicht zu passiren, denn das Geschütz würde in den sumpfigen Straßen versinken. Es ist dies die Straße nach Szegedin und Arad. Die Oesterreichische Armee, insbesondere die Kroatische, versuchte hier vorzudringen, überzeugte sich aber von der Unmöglichkeit. Es geht das Gerücht, daß sich Fürst Windischgrätz deshalb mit Jellachich entzweit habe. Bis auf die Steppen bei Kecskemet (Ketschkemet) kam letzterer, ward aber wieder zurückgedrängt. In dieser Gegend wohnen die Kumanier und Jazygier, ein äußerst kräftiger Menschenschlag, wo jeder ein Edelmann ist, und die nur den Reichspalatin als ihren Obergespan anerkennen. Sie sind exaltirte Magyaren. — Zwischen der Theiß und der Grenze von Siebenbürgen liegen zwar die Ortschaften weit auseinander, sind aber ungemein volkreich. So z. B. zählt der Markt Caseba (Tschoba) 24,000 und Gozula gegen 18,000 Einwohner. Alle sind enthusiastische Magyaren und rüsten sich zum allgemeinen Aufstande. — Weiter hinab im Banate dringen zwar die Serben vor, aber die Ungarn haben doch nichtsdestoweniger noch viel Terrain inne, ja es läuft das Gerücht, daß sie Temesvar genommen haben. Diese Stadt besteht aus drei Theilen und wird durch zwei Forts geschützt, sie selbst ist ebenfalls befestigt. — Gelingt dem General Bem der Plan, den er jetzt zu haben scheint, von Hermannstadt (in Siebenbürgen) aus über Szaswaros und Deva durch die Gebirgspässe nach Ungarn zu kommen und sich mit den hiesigen Magyaren zu vereinigen, so wird deren Sache eine günstige Wendung nehmen. Und es stehen ihm dabei keine so gar großen Hindernisse im Wege. Denn Siebenbürgen ist so gut als überwältigt. Auf dem rechten Ufer der Donau beschränkt sich der Kampf meist nur auf Plänkeleien. Auf der ganzen Landmeile

*) Von Pesth nach Szolno sind es sechs Stationen (12 Meilen.)

von den Grenzen Steiermarks bis an die Donau, d. i. in den Comitaten Wieselburg, Eisenburg, Vesrim, Stuhlweissenburg, Szalad, Sümmph und Baranyn haben sich Streifcorps gebildet, welche die Oesterreichische Armee unter General Nugent in Athem erhalten. Diese Corps nehmen es sich nicht übel, unter dem Titel von Requisitionen zu plündern und das Land zu verwüsten. Bei mehreren derselben stehen angesehene Ungarn an der Spitze. Die aus Komorn zuweilen gemachten Ausfälle dienen diesen Guerillas zum Schutze. Auch diese jungfräuliche Festung würde gefallen sein, wenn der Winter noch einen Monat angehalten hätte, weil man da auf den zugefrorenen Strömen sich ihr hätte nähern können. Auf der einen Seite strömt die Donau in zwei Armen; dasselbe thun auf der andern Seite die Waag und die Neutra. Die Festung selbst erhebt sich kaum 50 Fuß über die Ebenen, aber ihr ist von dieser aus nirgends beizukommen. Das Wurfgeschoß reicht kaum hinüber, wohingegen die Belagerten den Belagerern großen Schaden thun können. Als Napoleon im Kriege mit Oesterreich, nicht lange vor dem Preßburger Frieden, den Marschall Düroc zur Recognoscirung gegen Komorn schickte, kam dieser mit dem lakonischen Bescheide zurück: „Sire! imprenable." — In den Karpathen haben die Magyaren auch noch Anhang, und auch dort fehlt es nicht an Streifcorps und das ganz besonders in der Trentschiner, Honther und Abaujwarer Gespannschaft. — Aus alle dem aber geht hervor, daß der Krieg noch fern von seinem Ende ist und daß Oesterreich noch große Streitkräfte werde aufbieten müssen, ehe es den Feind bewältigen wird, dessen Muth jetzt von Tage zu Tage steigt, und der zum Theil durch Französische und Polnische Offiziere gegenwärtig besser wie im Anfange, angeführt wird. (Schles. Z.)

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 18. Februar. National-Versammlung. Sitzung vom 17. Februar. Anfang 1¼ Uhr. Präsident Marrast. An der Tagesordnung ist Ducoux's Antrag auf bessere Stellung der Militair-Aerzte. Ducoux, Ex-Präfekt von Paris, ruft der Versammlung das Dekret vom 3. Mai 1848 ins Gedächtniß zurück, das den Militair-Aerzten eine angemessenere Stellung verspricht, bisher aber nicht erfüllt wurde. Die französischen Militair-Aerzte theilen alle Gefahren der Armee-Offiziere, nehmen aber eine untergeordnetere Stellung als sie ein. Dies sei eine Ungerechtigkeit, der die Republik abhelfen müsse. Der Kostenpunkt dürfe nicht hindern. Ambert, Berichterstatter des Kriegs-Ausschusses, hebt die Schwierigkeiten hervor, die eine Aenderung der Organisation des Medizinal-Corps mit sich führe, und stellt sie als alleinigen Grund der Verschleppung des Gegenstandes hin. Der Ausschuß sei der Ansicht, vorläufig noch die Organisation des Gesetzes vom Nivose, Jahrgang III., beizubehalten. Lamoricière erklärt, er habe das Dekret vom 3. Mai 1848 ausführen wollen. Allein dasselbe berühre die ganze militairische Rangleiter, das Pensionswesen und biete dar Schwierigkeiten in Menge. Die Lage der Aerzte müsse aber verbessert werden. Deshalb schlage er folgende motivirte Tagesordnung vor: „Die National-Versammlung fordert den Kriegs-Minister, dessen Erklärung sie angehört, auf: das Reglement, die Militair-Aerzte betreffend, ohne Verzug dem Staatsrath behufs Einleitung weiterer Schritte zuzustellen." Dieser Vorschlag geht mit großer Mehrheit durch. Die Versammlung geht nun wieder zum Wahlgesetz über. Artikel 3, die Ausschließungen betreffend, war auf Veranlassung des Berges noch einmal an die Kommission zurückgewiesen worden. Die letztere hat ihn dahin geändert: „Doch erstreckt sich der Ausschluß vom Wahlrecht nicht auf politische Verurtheilte, es würde denn dieser Ausschluß speziell im Urtel ausgesprochen." Gent findet dies noch ungenügend. Villault empfiehlt jedoch die neue Fassung. Die Versammlung nimmt den Zusatz an und kehrt zum Artikel 22, Wahl-Kollegien, zurück, wo sie die Debatte gestern Abend abbrach. Oscar Lafayette unterstützt den Entwurf des Ausschusses. Montalembert, Vorkämpfer der Decentralisation, will, daß man die Wahlbezirke so eng als möglich ziehe und in jeder Gemeinde votiren lasse. Auf dem platten Lande, sagte er, seien die wahren Arbeiter, nicht in den Städten. Der Ackerbauer sei der wahre Repräsentant des Friedens, der Freiheit und der Production, während die Städte die Anarchie und den Wucher darstellten. Er sei daher um so mehr erstaunt, den Enkel des großen Generals (Lafayette) jetzt unter den Vertheidigern jener Paragraphen zu sehen, die dem eigentlichen Volke, dem Landbauer, die Theilnahme an der Ausübung seines politischen Rechts erschweren, indem sie ihn nöthigten, seine Arbeit zu verlassen und sich in den Bezirks Hauptort zu begeben. Er, der Redner, sei offen und hätte nimmermehr eine solche Hypokrisie von dem Abkömmling des großen Generals erwartet. Oscar Lafayette heftig: Dieser Angriff verlangt eine Erklärung. Er weise den Ausdruck Hypokrisie von sich, ein solcher Vorwurf dürfe ihn nicht treffen. (Beifallssturm.) Montalembert: „Ich frage die National-Versammlung, ob sie nicht in den Worten, mit denen der Vorredner den Wahlgesetz-Entwurf vor mir unterstützte, einen auf mich bezogenen persönlichen Angriff erblickte?" Die Versammlung erhebt sich, um in Masse zu protestiren. Im Augenblicke, wo die Debatte über Artikel 24 fortgesetzt werden soll und Montalembert von der Tribüne steigt, erhebt sich ein fürchterlicher Tumult auf dem äußersten linken Flügel. Denjoy nähert sich nämlich dem Grafen Montalembert und sagt ihm: „Sie bedürfen keiner Rechtfertigung! Sie besitzen die Sympathieen aller honnetten Leute!" Darauf erwiedert Arago, ob er (Denjoy) auch dies an den Courrier de la Gironde in Bordeaux schicken werde? Denjoy geräth in heftigen Zorn. Die beiden Repräsentanten stürmen zum Saal hinaus, ihre Freunde hinter ihnen her. In einem Nebensaale stellen sie sich zur Rede. Man hört, die Sache sei ausgeglichen. Eine große Aufregung herrscht im Saale. Niemand leiht der Debatte über die Artikel 25 und 26 noch Aufmerksamkeit. Ein Skrutinium über einen von Dufournel vorgeschlagenen Zusatz zum Artikel 26 weist denselben mit 380 gegen 365 Stimmen an den Ausschuß. Die Versammlung trennt sich um 6 Uhr in lebhafter Bewegung.

— Die Presse enthält eine „Mittheilung", wonach Lord Palmerston alle Englischen diplomatischen Agenten in Italien zu der Erklärung ermächtigt habe, daß England eine Italienische Nationalversammlung für eine in Italien auftauchende unversiegbare Quelle politischer Verwickelungen und Unfälle halte, und England daher in internationalen Angelegenheiten niemals die Gesetzlichkeit einer solchen Nationalversammlung anerkennen werde. Uebrigens könne ein Italienischer Bundesstaat, vorausgesetzt, daß ihn die Regierung genehmige, immer nur einen de-, nimmermehr aber einen offensiven Charakter haben. So habe das Londoner Kabinet dem Großherzog von Toskana die Beschickung der Constituante widerrathen, und werde jetzt, weder im Grundsatz noch in den Folgen, dessen Entthronung gutheißen.

— Der Seeminister hat an alle Befehlshaber Französischer Schiffe in Südamerika ein Rundschreiben erlassen, worin er ihnen aufgiebt, ihren Schiffssoldaten einzuschärfen, daß alle Diejenigen, welche nach Californien desertirten, in contumaciam vor die Kriegsgerichte gestellt, und, nach den bestehenden Staatsverträgen, von der Regierung der Vereinigten Staaten später ausgeliefert werden würden. Die Regierung soll übrigens den Plan haben, für ihre Rechnung californische Goldminen ausbeuten zu lassen.

— In Chateauroux sind der Maire und der ganze Gemeinderath abgesetzt worden, weil sie gegen den Willen des Präfekten das Pflanzen von Freiheitsbäumen mit rothen Mützen gestattet hatten und sich nicht mehr Stadt-, sondern republikanischer Rath nennen wollten. — In Limoges durchzog das Volk unter dem Absingen des ça ira! und der Marseillaise die Straßen und rief: „Es lebe die rothe Republik! Es lebe die Guillotine! Nieder mit den Capitalisten! Nieder mit den Reaktionairen!" — In Lyon ist nicht nur die Mobilgarde, sondern auch die ganze Bürgerwehr aufgelöst. Der Minister Faucher wird dieserhalb übermorgen in der Kammer zur Rede gestellt werden. — In Marseille und Aix greifen Socialismus und Communismus dergestalt um sich, daß der General-Prokurator in Aix dem Pariser Cassationshofe erklärt hat, er dürfe ohne Gefahr für den öffentlichen Frieden die Marseiller Juni-Insurgenten vor dem Assisenhofe des Rhone-Mündungs-Departements nicht richten lassen, und schlage ihm deshalb vor, sie vor die Assisen des Drôme-Departements zu schicken. „Es giebt ganze Dörfer (heißt es im Bericht des Generalstaatsanwalts), welche bei der letzten Präsidentenwahl auch nicht eine Stimme dem Napoleon gaben, sondern für Ledru Rollin votirten. Dicht bei Aix sind die Dörfer ganz roth. Lambesc z. B. und andere würden in die Stadt dringen und die zu Richtenden befreien." Dieser Bericht wird von dem jetzigen Präfekten bestätigt.

— Das Correctionstribunal von Paris hat die Herausgeber von drei Journalen der rothen Republik: „die Menschenrechte", „der rothe Republikaner" und „der Berg", welche ohne Caution und Deklaration erschienen, zu den gesetzlichen Geldbußen verurtheilt. — Als einen Beweis, daß das Socialistische Complott, welches am 29. Januar in Paris zum Ausbruch kommen sollte, nicht nur in ganz Frankreich, sondern auch im Auslande seine Verzweigungen hatte, führt die halb offizielle Patrie an, daß in den ersten Tagen des Februar in mehreren Staaten Deutschlands, und namentlich in Sachsen, die falsche Nachricht von einer blutigen Revolution in Paris, worin die socialistische Partei gesiegt hätte, auf das thätigste verbreitet wurde. — Folgendes ist eine Zusammenstellung der Steuern, welche die sechs größten Nationen der Erde bezahlen, auf den Kopf berechnet:

	Steuern im Ganzen.		Bevölkerung.	Steuern pr. Kopf.			
England .	1,700,000,000	Frs.	26,008,000	65	Frs.	—	C.
Frankreich .	1,250,000,000	„	34,000,000	36	„	—	„
Oesterreich .	430,000,000	„	34,000,000	12	„	—	„
Preußen . .	220,000,000	„	13,000,000	17	„	—	„
Rußland .	480,000,000	„	58,000,000	8	„	27	„
Nordamerika	170,000,000	„	13,000,000	13	„	—	„

— Der Polizei-Präfekt hat seinen Agenten streng befohlen, die zahlreichen Schaaren verdächtiger Personen zu überwachen, welche sich außerhalb der Barrieren herumtreiben und die Hauptbestandtheile jeder hiesigen Emeute bilden. In diesen Tagen nahm die Polizei in einem Wirthshause 40 solcher zweideutigen Leute fest. Die meisten konnten keinen ehrlichen Broderwerb nachweisen, und 32 blieben daher in Haft. Die nämliche Wachsamkeit wird jetzt bezüglich der Klubs gehandhabt, und dies hat bewirkt, daß gegenwärtig kein einziger Klub geöffnet ist, nachdem zu Montmartre vor drei Tagen 32 Personen, als gesetzwidrige Klub-Versammlungen haltend, festgenommen worden waren. Ein Arzt und zwei Advokaten sind als Vorsteher des Klubs Redoute vom Assisenhof zu Gefängniß und Geldstrafen verurtheilt worden. Der Minister des Innern soll alle Präfekten und Unterpräfekten angewiesen haben, ihren untergebenen Beamten einzuschärfen, daß sie sich des Erscheinens in Klubs und Volks-Versammlungen zu enthalten hätten.

Havre, den 16. Februar. In keinem Jahre hat der hiesige Handelsstand so harte Verluste zu erleiden gehabt, als in dem verflossenen seit Ausbruch der Revolution. Mehr als 60 solide Handelshäuser sind dem Sturme derselben unterlegen; viele andere haben durch die großen Anstrengungen, welche sie gemacht, umstehen zu bleiben, ihre Kräfte gänzlich aufgerieben. Bereits seit dem März leistete die hiesige Bank nicht mehr Baarzahlungen und diskontirte nur wenig; fast alle in Umlauf befindlichen Wechsel kamen nicht honorirt zurück. Waarenverkäufe konnten nicht zu Stande kommen, und das baare Geld ward so selten, daß von manchen Häusern die Schiffsfrachten nicht mehr bezahlt werden konnten. Unter andern mußten auch 6 hier angekommene Preußische Schiffe ihre Ladungen eine Zeit lang an Bord behalten und zuletzt theilweise sequestriren lassen. Die großen Industriezweige unserer Umgegend standen still. Von Seiten des Gouvernements wurde das Uebel statt es zu mindern, durch mehrere Maßregeln noch vergrößert.

Großbritanien und Irland.

London, den 17. Februar. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses antwortete Lord Palmerston auf Interpellationen, daß er an einer Ausgleichung der Differenzen zwischen den beiden Republiken am La Plata nicht verzweifle, und daß, was die Differenzen zwischen England und Spanien wegen der Ausweisung Sir H. Bulwers aus letzterem Lande betreffe, dieselben bis jetzt noch nicht ausgeglichen seien. Der Präsident der Handelskammer zeigte an, daß er am 5. März die zweite Lesung der Bill wegen Aufhebung der gegenwärtigen Schifffahrtsgesetze beantragen werde. Dann wurde der Bericht des Ausschusses über die Verlängerung der Suspension der Habeas-Corpus-Akte in Irland entgegengenommen und die Bewilligung von 50,000 Pfund Sterling zur Abhülfe der irländischen Noth, nach Einbringung des Ausschußberichts darüber und nach Beseitigung von Amendements dazu, mit 128 gegen 39 Stimmen wiederholt genehmigt.

— Im Oberhause erklärte gestern Graf Grey auf eine von Lord Stanley an den Minister gerichtete Frage, daß die Regiernng künftig jeden zur Transportation verurtheilten männlichen Verbrecher, wenn dessen Gesundheitszustand es gestatte, nach den Kolonieen schicken, vorher aber denselben im Pentonville- oder Wakefield-Gefängniß höchstens 18 Monat, selten jedoch über 12 Monat in abgesonderter Einsperrung halten wolle, worauf er für einige Zeit nach Gibraltar, Bermuda, nach der Niederlassung, welche jetzt zu Portland eingerichtet werde, und dann erst nach den Kolonieen gebracht werden würde. Was die weiblichen Verbrecher betreffe, so sei die Sache schwieriger, und man habe in dieser Hinsicht noch keinen bestimmten Entschluß gefaßt.

— Das Dubliner Freemans Journal behauptet, die Minister hätten beschlossen, daß Großbritanien sich den katholischen Mächten anschließen solle, welche gemeinsam darauf hinarbeiten würden, die Wiedereinsetzung des Papstes in seine weltliche Macht zu bewirken.

— Aus Gibraltar erfährt man, daß der Streit zwischen Großbritanien und Marokko seiner Ausgleichung nahe war. Das Geschwader Napier's sollte während der Unterhandlungen in der Bucht bleiben. Der Maurische Konsul war nach Gibraltar zurückgekehrt.

— Ein Schreiben aus Mazatlan meldet, daß eine neue Goldgegend, welche noch reicher, als die bisher bekannte ist, nördlich von den früher angegebenen Oertlichkeiten entdeckt worden sei. — Aus Aux Cayes (Hayti) wird berichtet, daß der dortige Amerikanische Konsul beschimpft, die Sache aber später ausgeglichen worden sei. Ein Französisches und ein Britisches Kriegsschiff begaben sich von Port au Prince nach Aux Cayes, das erstere kehrte jedoch bald wieder heim. Die Haytische Regierung wollte einen Angriff auf die Stadt St. Domingo machen und sandte eine Heeresmacht dagegen ab.

— Die von der Deutschen Centralgewalt angekauften beiden großen Dampfschiffe „Acadia" und „Britania" werden jetzt in Liverpool zu gehörigen Kriegsschiffen umgearbeitet und mit Geschützen des schwersten Kalibers versehen.

— Der Morning Post zufolge, soll Cabrera seinen Sommerfeldzug schon am 12. oder 13. Februar, spätestens Anfangs März beginnen wollen.

— Die Gattin des Nordpolfahrers Franklin bereist jetzt die britischen Häfen, um die Wallfischfahrer zu bitten, Kunde über das Schicksal ihres Mannes einzuziehen.

Belgien.

Brüssel, den 17. Februar. Der Belgische „Moniteur" macht auf die Vortheile aufmerksam, welche die Auswanderer auf dem Wege über Belgien genießen. Eine Verordnung vom 14. März 1843 verfügt Maßregeln zum Schutze der Gesundheit der Auswanderer; die Fahrt auf den Belgischen Eisenbahnen ist bis Antwerpen frei (mit Gepäck), ebenso die Fahrt auf der Rheinischen Eisenbahn von Köln aus; für die bis Köln zurückgelegte Strecke wird ein Nachlaß von 30 Prozent bewilligt. In Antwerpen ist durch Verordnung vom 13. Februar 1846 ein Beamter zur Ueberwachung alles dessen angestellt, was die Auswanderer betrifft; er hat diese gegen jede Beeinträchtigung zu schützen und ihnen mit seinem Rath zur Seite zu gehen. Diese Maßregeln haben in der That bereits den Strom der Auswanderung bedeutend nach Antwerpen hingelenkt. 1844 schifften sich hier nur 2961 Auswanderer ein, 1845 schon 5221, 1848 bereits 11,073.

Schweiz.

Bern, den 13. Febr. In den letzten zwei Nächten fanden wiederum ernstliche Konflikte zwischen den Studenten und der Polizei statt. Drei Landjäger liegen verwundet im Spital, und zwar theilweise in Folge von erhaltenen Dolchstichen. Wie wenig Ernst es den Behörden mit der Handhabung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ist, ergiebt sich daraus, daß die zur Haft gebrachten Theilnehmer schon am folgenden Tage wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Es ist daher nicht zu verwundern, daß die Gutsbesitzer in der Nähe der Hauptstadt bereits eine Sicherheitswache zum Schutze des Eigenthums und der Personen gebildet haben, und des Nachts nur bewaffnet sich vom Hause entfernen. Ein Gleiches steht auch in der Haupt- und Bundesstadt selbst zu gewärtigen, wenn die Regierung sich nicht bald entschließt, die Polizei, gemäß dem im Großen Rathe gestellten Antrage, den Gemeindebehörden zu übertragen, oder anderweitige energische Maßregeln zu ergreifen.

— Obschon die Sizilianischen Abgeordneten, wenigstens in offizieller Stellung, bis jetzt von dem Bundesrathe nicht empfangen worden sind, so soll sich letzterer gleichwohl mit der Angelegenheit der fremden Militairkapitulationen beschäftigen. Allein die Sache ist äußerst schwierig und ein günstiger Erfolg von allfälligen Unterhandlungen kaum zu hoffen. Jedenfalls dürften die Drohungen, welche von Italienischer Seite auf den Fall gemacht werden, wenn die Schweizer Truppen nicht bald zurückberufen werden sollten, und

nsbesondere die in Aussicht gestellte Ausweisung sämmtlicher in Italien angesessenen Schweizer Bürger, gerade die entgegengesetzte Wirkung hervorbringen. Ohnehin hat die Sympathie für die Italiener, seitdem man sie näher kennen gelernt hat, bedeutend abgenommen. Nur die Tessiner machen in dieser Beziehung eine Ausnahme, und blos die Furcht vor den Oesterreichern und einer nochmaligen Besetzung durch eidgenössische Truppen hindert sie, sich offen für die Italiener zu erklären.

Italien.

Rom, den 9. Febr. Schon längere Zeit hatten die politischen Clubs auf die geistige Bastille Roms, den Pallast der Inquisition neben der Peterskirche, einen Sturm beschlossen. Die hohen fensterlosen, geheimnißvollen Außenmauern dieses umfänglichen Gebäudes schienen auch jetzt noch manches politisch-religiöse Opfer wie im Grabe verschlossen zu halten. Doch hat man sich am 3. d. mit einer Durchsuchung begnügt und, so viel bis jetzt bekannt geworden, nichts von Bedeutung gefunden. Das erste Schoß des Palastes ist seitdem als Kaserne eingerichtet, während vor dem Portal zwei Kanonen aufgepflanzt wurden. — Die Schwyzer Zeitung berichtet von hier: Die zwei Schweizer Regimenter sind von der provisorischen Regierung in Rom entlassen worden, nachdem sie sich geweigert hatten, in ihre Dienste zu treten. — Dem schwäbischen Merkur wird hierüber aus Chur vom 13. Febr. mitgetheilt: Nach Berichten von Offizieren in Bologna unterm 9. Febr. sind die zwei Schweizerregimenter abgedankt. Es heißt: Vorgestern erschien hier ein außerordentlicher Legat der provisorischen Regierung, mit den ausgedehntesten Vollmachten ausgerüstet, um die Abdankung der Schweizerregimenter ins Reine zu bringen. In zwei Tagen war Alles in Richtigkeit. Wer nicht in die Nationaltruppen übertreten will, wird laut Capitulation behandelt. Dazu haben die Wenigsten Lust; die Mehrzahl ist froh, in die Heimath zurückkehren zu können. Im Laufe dieser Woche noch sollen die ersten Transporte abgehen.

Venedig, den 12. Febr. Venedig, das nach der März-Revolution von den in seinen Arsenalen vorgefundenen Gewehren 30,000 derselben dem Festlande abließ, hat deren nun selbst nöthig. Der Ingenieur Vincenzo Manzini legte der provisorischen Regierung einen Plan vor, in welchem er den Beweis darlegt, daß man durch die Anwendung einiger Dampfmaschinen und anderer dort vorräthigen Instrumente eine Waffenfabrik ohne große Lasten für den Staatsschatz herstellen könnte. Durch den Verkauf der Waffen in Italien, das deren so sehr bedarf, wird viel Geld einkommen und den öffentlichen Einnahmen zu nicht geringem Vortheile sein.

Turin, den 12. Febr. Der ministerielle Antrag auf Bewilligung von 600,000 Lire monatlich an Venedig, auf so lange Zeit als die Feindseligkeiten dauern würden, wurde heute mit 110 Stimmen gegen 7 slavoyische Abgeordnete, die sich der Abstimmung enthielten, angenommen. Der Abgeordnete Brofferio warf dem Ministerio Doppelzüngigkeit vor. Sein erstes Programm sei demokratisch, die Thronrede und der Minister-Präsident seien es nicht. Gioberti sprach sich auf das Neue für eine Bundes-Constituante, constitutionelle Monarchie und des Papstes Wiedereinsetzung, aus. Die Kammer hat sich ihr Urtheil über die Politik des Ministeriums bei der Adreß-Debatte vorbehalten.

Türkei.

Konstantinopel, den 1. Febr. Abbas Pascha ist noch immer der Löwe des Tages. In voriger Woche verlieh ihm der Großherr auch Titel und Würde eines Großwessiers. Alle Minister und hohen Würdenträger der Pforte geben ihm um die Wette glänzende Festessen, und er seinerseits läßt noch fortwährend kostbare Einkäufe machen, die zu Geschenken bestimmt sind. Das „Journal de Constantinople" versichert: in dem Grenzstreit zwischen der Türkei und Persien handle es sich eigentlich nur noch um den Besitz von Kotur und die Bestimmung der Grenzlinie auf dem Gebiet von Zohab. Man habe jedoch Nachricht, daß Persien, entgegen den förmlich schon eingegangenen Vereinbarungen, neuerdings wieder Ansprüche auf einen Theil des Gebiets von Mohamra und auf einige kleine Häfen am Schat-el-Arab geltend machen wolle. — Auf das wiederholt an das Russische Kabinet gestellte Begehren der Pforte, daß die Russischen Truppen nunmehr wieder aus den Donaufürstenthümern zurückgezogen werden möchten, soll das Petersburger Kabinet die bestimmte Erklärung gegeben haben, daß es beschlossen habe, die Besetzung der Fürstenthümer durch Russische Truppen vier Jahre lang dauern zu lassen. Das bedeutet wohl so viel, als eine gar nicht mehr aufhörende Besetzung! — Umlaufende Gerüchte wollen nächstens die Russische Flotte hier vorübersegeln lassen.

Locales ꝛc.

Posen, den 22. Februar. Bei der gestern stattgehabten Ergänzungs-Wahl eines Deputirten für die erste Kammer — der hier gewählte Graf Dyhrn hat die in einem Schlesischen Kreise auf ihn gefallene Wahl angenommen — wurde der Kaufmann Hr. Berger mit 13 unter 16 Stimmen gewählt. Die 3 Polnischen Wahlmänner hatten für den Grafen Titus Dzialyński gestimmt.

Ostrowo, den 19. Febr. Der nicht zu berechnende Nachtheil, welchen der freie Gebrauch von Schießgewehren zur Folge hat, stellt sich mehr und mehr bedauernswerth heraus. Gestern Nachmittag spielten nämlich in zwei nicht weit von einander gelegenen Gärten zwei Partieen Knaben. In dem einen Garten war ein Knabe mit einem Schießgewehr versehen. Ohne irgend eine böswillige Absicht schoß der Knabe nach einem Ziele, der Schuß nahm aber eine unglückliche Richtung, daß er in einer Distance von 160 Schritten dem 12jährigen Sohne des Kanzlei-Direktors Trachmann, der im andern Garten spielte, eine nicht unbedeutende Streifwunde in den Rücken beibrachte. Möchten doch Eltern und Lehrer aus den so vielfachen Unglücksfällen die Lehre ziehen, Knaben von noch so jugendlichem Alter den Gebrauch von Schießgewehren aufs Strengste zu verbieten. (Schles. Ztg.)

Marktberichte. Posen, den 21. Februar
(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß.)

Weizen 1 Rthlr. 23 Sgr. 4 Pf. bis 2 Rthlr. 2 Sgr. 3 Pf. Roggen 26 Sgr. 8 Pf. bis 28 Sgr. 11 Pf. Gerste 22 Sgr. 3 Pf. bis 28 Sgr. 11 Pf. Hafer 13 Sgr. 4 Pf. bis 15 Sgr. 7 Pf. Buchweizen 22 Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr. 5 Pf. Erbsen 26 Sgr. 8 Pf. bis 1 Rthlr. 1 Sgr. 1 Pf. Kartoffeln 8 Sgr. 11 Pf. bis 10 Sgr. 8 Pf. Heu der Centner 17 Sgr. 6 Pf. bis 22 Sgr. Stroh das Schock 4 Rtlr. bis 4 Rthlr. 10 Sgr. Butter der Garnitz zu 8 Pfund 1 Rtlr. 15 Sgr. bis 1 Rthlr. 20 Sgr.

Posen, den 21. Febr. (Nicht amtlich.) Marktpreis für Spiritus p. Tonne von 120 Quart zu 80% Tralles unveränd. $12\frac{1}{6}$ Rthlr.

Berlin, den 20. Februar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 55—58 Rthlr. Roggen loco 26—$27\frac{1}{2}$ Rtlr., p. Frühj. 82pfünd. 26 u. $25\frac{3}{4}$ Rtlr. verk., 26 Br. Mai/Juni $26\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., 26 G. Juni/Juli 27 Rthlr. bez. u. Br. Gerste, große loco 22—24 Rthlr., kleine 18—20 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 14—16 Rthlr., p. Frühjahr 48pfd. $14\frac{1}{4}$ Rthlr. Br. Rüböl loco $13\frac{1}{2}$ Rtlr. Br. Febr. $13\frac{1}{2}$ Rtlr. Br., $13\frac{1}{4}$ G. Febr./März $13\frac{1}{6}$ à $\frac{1}{4}$ Rtlr. bez. März/April $13\frac{1}{6}$ Rthlr. Br., $13\frac{1}{12}$ G. April/Mai $13\frac{1}{6}$ Rthlr. Br., 13 bez. Mai/Juni dto. Juni/Juli dto. Juli/August $13\frac{1}{6}$ Rthlr. Br. Sept./Okt. $12\frac{1}{2}$ Rtlr. Br. Leinöl loco $11\frac{1}{6}$ Rtlr. Br., 11 bez. Lief. pr. März/April $10\frac{5}{6}$ Rtlr. Br., $\frac{2}{3}$ G. Lief. April/Mai $10\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., $\frac{1}{2}$ G.

Spiritus loco ohne Faß $15\frac{1}{4}$ Rtlr. bez. u. G., mit Faß $15\frac{1}{2}$ Br., $15\frac{1}{3}$ G. Februar $15\frac{1}{2}$ Rthlr. Br. März $15\frac{1}{2}$ Rthlr. bez. u. Br. p. Frühjahr 16 a $16\frac{1}{4}$ Rthlr. bez., $16\frac{1}{4}$ Br. Mai/Juni 17 Rthlr. bez. u. Br., $16\frac{3}{4}$ G. Juni/Juli $17\frac{1}{2}$ Rthlr. bez. u. Br.

Berliner Börse.

Den 20. Februar 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	$101\frac{3}{8}$	$101\frac{1}{8}$
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	$80\frac{3}{4}$	—
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	—	$98\frac{3}{4}$
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	$76\frac{1}{4}$	—
Berliner Stadt-Obligationen	5	$98\frac{1}{4}$	—
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	—	$84\frac{3}{4}$
Grossh. Posener "	4	—	96
" "	$3\frac{1}{2}$	—	$81\frac{1}{4}$
Ostpreussische "	$3\frac{1}{2}$	—	$90\frac{1}{2}$
Pommersche "	$3\frac{1}{2}$	92	—
Kur- u. Neumärk. "	$3\frac{1}{2}$	—	$91\frac{1}{2}$
Schlesische "	$3\frac{1}{2}$	—	—
" v. Staat garant. L. B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	90	89
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$12\frac{3}{4}$	$12\frac{1}{4}$
Disconto	—	—	$4\frac{1}{2}$
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	78
" Prioritäts-	4	—	88
Berlin-Hamburger	4	—	54
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	$94\frac{1}{2}$
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	58	—
" " Prior. A. B.	4	$84\frac{1}{4}$	—
" " "	5	$95\frac{1}{4}$	95
Berlin-Stettiner	4	—	89
Cöln-Mindener	$3\frac{1}{2}$	$78\frac{1}{2}$	$78\frac{1}{2}$
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	$93\frac{1}{2}$
Magdeburg-Halberstädter	4	112	—
Niederschles.-Märkische	$3\frac{1}{2}$	$72\frac{1}{8}$	$71\frac{7}{8}$
" Prioritäts-	4	$86\frac{3}{4}$	—
" "	5	$99\frac{1}{4}$	—
" " III. Serie	5	95	—
Ober-Schlesische Litt. A.	$3\frac{1}{2}$	—	$93\frac{1}{2}$
" " B.	$3\frac{1}{2}$	—	$93\frac{1}{2}$
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	—	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	$3\frac{1}{2}$	—	—
Thüringer	4	—	$50\frac{1}{4}$
Stargard-Posener	$3\frac{1}{2}$	—	$70\frac{3}{4}$

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.
Verantw. Redakteur: C. Hensel.